

Duldung aus humanitären Gründen für Opfer rassistischer und rechter Gewalt (Hasskriminalität)

Erlass des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
vom 2018 (AZ: 0017/E-1590/2017)

I. Grundlage

Der Landtag hat am 5. Mai 2017 den Beschluss Humanitäres Bleiberecht für Opfer rassistischer und rechter Gewalt (Thüringer Landtag Drucksache 6/3877) gefasst. Darin bekennt sich der Freistaat Thüringen zu seiner Verantwortung gegenüber Menschen, die Opfer von rassistisch und rechtsextrem motivierten Einstellungen und daraus resultierenden Handlungen und Taten wurden. Vollziehbar ausreisepflichtigen Opfern einer rechtsextremistischen und rassistischen Gewaltstraftat und deren Angehörigen soll auf der Grundlage des geltenden Aufenthaltsrechts zu einem humanitären Bleiberecht verholfen werden.

II. Anwendungsbereich

Der Erlass findet auf Ausländer Anwendung, die vollziehbar ausreisepflichtig sind und Opfer einer Gewaltstraftat mit erheblichen Folgen im Zusammenhang mit Hasskriminalität geworden sind. Die Angehörigen dieser Ausländer sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ebenfalls erfasst.

1. Gewaltstraftaten im Sinne des Erlasses

- Landfriedensbruch (§§ 125, 125a StGB),
- Sexualstraftaten (§§ 174 bis 184j StGB),
- Tötungsdelikte (§§ 211, 212 StGB),
- Körperverletzungen (§§ 223 bis 231 StGB),
- Nachstellungen (§ 238 StGB),
- Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen der §§ 239 bis 239b StGB,
- Raub und Erpressung (§§ 249 bis 255 StGB) sowie
- Brand- und Sprengstoffdelikte (§§ 306 bis 308 StGB).

Diese Straftatbestände müssen vollendet sein. Bei den Tötungsdelikten ist auch der Versuch der Straftat von dem Erlass erfasst.

2. Erhebliche Folgen der Tat

Die Einwirkungen auf den Körper, die Gesundheit oder die Freiheit des Opfers müssen bedeutend sein und erhebliche Folgen nach sich ziehen (physischer oder psychischer Art), insbesondere sind erhebliche Folgen gegeben, wenn zu erwarten ist, dass die erlittenen Verletzungen einer über eine ambulante medizinische Erstversorgung hinausgehenden Versorgung bedürfen oder therapiebedürftige psychische Folgewirkungen ausgelöst haben.

3. Hasskriminalität

Für Zwecke dieses Erlasses sind Straftaten dann der "Hasskriminalität" zuzuordnen, wenn in Würdigung der Umstände der Tat oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen einen Ausländer wegen der ihm zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung oder seiner Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Stellung, physischen oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung oder sexuellen Identität oder seines äußeren Erscheinungsbildes gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht.

III.

Anwendungsausschluss

Die Ermessensausübung zugunsten des Opfers von Gewaltstraftaten im Zusammenhang mit Hasskriminalität ist ausgeschlossen, wenn

1. im Laufe des Ermittlungs- oder Strafverfahrens festgestellt wird, dass der Ausländer die gegen ihn gerichtete Tat nur vorgetäuscht oder in vorwerfbarer Weise provoziert hat;
2. schwerwiegende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass der Ausländer die in § 25 Abs. 3 Satz 3 AufenthG aufgeführten Verbrechen, Straftaten oder Handlungen begangen hat oder eine dort genannte Gefahr darstellt;
3. der Ausländer in den vergangenen drei Jahren wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten einzeln oder zusammen im Bundesgebiet rechtskräftig zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten oder zu einer Jugendstrafe von mindestens sechs Monaten verurteilt wurde. Dies gilt nicht für Straftaten, die nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) oder Asylgesetz (AsylG) nur von Ausländern begangen werden können;
4. die sachliche und örtliche Zuständigkeit der Ausländerbehörden in Thüringen nicht gegeben ist;
5. gegen den Ausländer eine vollziehbare Abschiebungsanordnung nach § 34a AsylG ergangen ist, aufgrund derer eine Rücküberstellung nach der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 (Dublin III) erfolgen kann. Der Ausschlussgrund entfällt, sobald das BAMF die Übernahme in das nationale Verfahren erklärt hat.

IV.

Verfahren

1. Liegen konkrete Anhaltspunkte für eine Straftat im Sinne dieses Erlasses vor, holen die Strafverfolgungsbehörden (Polizei oder Staatsanwaltschaft) das Einverständnis des Ausländers zur Übermittlung von Daten an die zuständige Ausländerbehörde im Sinne von Art. 7 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) ein.

2. Erhält die Ausländerbehörde Kenntnis über konkrete Anhaltspunkte dafür, dass der zur Ausreise verpflichtete Ausländer Opfer einer Gewaltstraftat im Sinne dieses Erlasses geworden sein könnte, ist der Vorgang an einen dort zu benennenden Mitarbeiter abzugeben. Dieser Mitarbeiter ist für das Verfahren nach dem vorliegenden Erlass zuständig und dient als ständiger Ansprechpartner für die Strafverfolgungsbehörden.

Konkrete Anhaltspunkte sind gegeben, wenn sich der Ausländer gegenüber der Ausländerbehörde oder den Strafverfolgungsbehörden als Opfer einer der unter II. Ziffer 1 des Erlasses angeführten Straftaten offenbart und konkrete Angaben zum Tathergang machen kann. Regelmäßig soll dies mit dem Nachweis einhergehen, dass die behauptete Tat von dem Ausländer bei einer Strafverfolgungsbehörde angezeigt wurde. Konkrete Anhaltspunkte können sich auch auf sonstige Weise, etwa durch Mitteilungen von anderen Personen oder Stellen ergeben.

Zur Beurteilung der Frage, ob erhebliche Folgen der Gewalttat vorliegen, sind die Erkenntnisse aus dem Ermittlungs- oder Strafverfahren auf dem jeweils aktuellen Stand sowie vorliegende ärztliche Atteste heranzuziehen. In Zweifelsfällen sollen Stellungnahmen von Opferberatungsstellen zusätzlich eingeholt werden.

3. Der für den Erlass zuständige Mitarbeiter der Ausländerbehörde prüft, ob Ausschlussgründe nach III. Ziffer 1 bis 5 dieses Erlasses vorliegen und holt die erforderlichen Auskünfte von der Strafverfolgungsbehörde ein.
4. Bis die Rückäußerung der Strafverfolgungsbehörde vorliegt, ist bei dem Ausländer, seinen minderjährigen ledigen Kindern, Ehegatten oder gleichgeschlechtlichen Lebenspartner vorübergehend von Rückführungsmaßnahmen Abstand zu nehmen. Wird ein minderjähriges Kind Opfer einer Straftat im Sinne des Erlasses, sind Rückführungsmaßnahmen bei diesem Kind, seinen Eltern und seinen minderjährigen Geschwistern vorübergehend zu unterlassen.
Den in den Sätzen 1 und 2 Genannten ist für die Dauer von 8 Wochen eine Duldung auszustellen. Diese ist bis zum Eingang der Rückäußerung der Strafverfolgungsbehörde zu verlängern.
5. Ist aufgrund der Rückäußerung der Strafverfolgungsbehörden von einer Straftat im Sinne des Erlasses auszugehen und sind Ausschlussgründe nach III. Ziffer 1 bis 5 des Erlasses nicht gegeben, erhalten der Ausländer und seine in Ziffer 4 Satz 1 und 2 genannten Angehörigen eine Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG für die Dauer von zunächst sechs Monaten.
Wenn durch die Gewaltstraftat der Tod des Opfers verursacht wurde, erhalten die in Ziffer 4 Satz 1 und 2 genannten Angehörigen des Ausländers eine Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 2 AufenthG, sofern die dort genannten Voraussetzungen vorliegen.
6. Ist aufgrund der Rückäußerung der Strafverfolgungsbehörde oder eines Strafgerichts von einer Straftat im Sinne dieses Erlasses auszugehen und handelt es sich um ein Verbrechen, ist dem Ausländer unter den Voraussetzungen des § 60a Abs. 2 Satz 2 AufenthG zunächst eine sechsmonatige Duldung auszustellen.
Die Angehörigen nach Ziffer 4 Satz 1 und 2 erhalten eine Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG für die Dauer von zunächst sechs Monaten.

7. Bis zum rechtskräftigen Abschluss des Ermittlungs- oder Strafverfahrens sollen die Duldungen nach § 60a Abs. 2 Satz 2 oder 3 AufenthG um jeweils weitere sechs Monate verlängert werden. Die Duldungen enden nicht mit Abschluss des Strafverfahrens, sondern bleiben bis zum Ablauf der zuletzt bewilligten Sechsmonatsfrist bestehen.
8. Die Opferberatungseinrichtungen können jederzeit beratend hinzugezogen werden.
9. Die Duldungen nach § 60a Abs. 2 Satz 2 oder 3 AufenthG sollen auch nach rechtskräftigem Abschluss des Ermittlungs- oder Strafverfahrens verlängert werden, solange die durch die Gewaltstraftat verursachten erheblichen physischen oder psychischen Folgen medizinisch oder therapeutisch behandelt werden oder die Verlängerung für die Dauer weiterer anhängiger Verfahren, insbesondere zivilrechtliche oder Schadensersatzverfahren, Verfahren nach dem Opferentschädigungsgesetz, Verfahren zum Härteausgleich für Opfer extremistischer Übergriffe beim Bundesamt für Justiz, erforderlich ist, insbesondere wenn die Anwesenheit des Ausländers oder seiner Angehörigen zur Geltendmachung ihrer Rechte erforderlich ist.
10. Ein erhebliches öffentliches Interesse für die weitere Erteilung von Duldungen nach § 60a Abs. 2 Satz 2 oder 3 AufenthG liegt auch nach rechtskräftigem Abschluss des Ermittlungs- oder Strafverfahrens vor, solange der Rechtsfrieden aufgrund der Tat über den Lebenskreis des Betroffenen hinaus gestört ist.
11. Zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens hat die zuständige Ausländerbehörde zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, insbesondere die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG, in Betracht kommt.

V. Berichtspflicht

Die Ausländerbehörden berichten dem Landesverwaltungsamt jeweils sechs Wochen nach Ablauf eines Quartals, wie viele Duldungen für Opfer und deren Angehörige auf der Grundlage dieses Erlasses erteilt wurden und welche Staatsangehörigkeit die Betroffenen haben. Eine Fehlanzeige ist erforderlich.

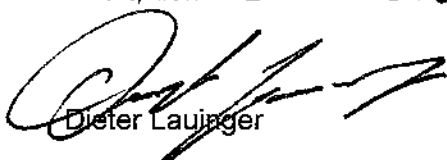
Das Landesverwaltungsamt übermittelt die zusammengefassten Berichte an das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

Eine Evaluation des Verfahrens erfolgt erstmals im Jahr 2019.

VI. Inkrafttreten

Dieser Erlass tritt am 1. Juni 2018 in Kraft.

Erfurt, den **15.05.2018**


Dieter Laujinger